

Online Magazin IAB-Forum

BAföG und Elterngeld: kürzen ja – aber nicht für alle

17. September 2026 | Lena Hipp, Sandra Leumann, Stefan Munnes, Mark Trappmann, Jonas Aljoscha Weik



Die Mehrheit der Bevölkerung steht Kürzungen beim BAföG und beim Elterngeld nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber. Sie möchte diese aber auf bestimmte Empfängergruppen begrenzt sehen. In einer Befragung des IAB sprechen sich die meisten dafür aus, das Elterngeld für Personen mit hohem Einkommen oder Vermögen zu kürzen, beim BAföG vor allem für Studierende mit schlechten Leistungen. Vor allem jüngere und ältere Menschen unterscheiden sich deutlich darin, in welchem Ausmaß sie Kürzungen für bestimmte Empfängergruppen befürworten.

Angesichts knapper öffentlicher Haushalte plant die Bundesregierung Einsparungen bei bestimmten staatlichen Leistungen. Mit den geplanten Einschnitten beim Elterngeld und der Verschiebung der geplanten BAföG-Erhöhung von 2026 auf 2027 will die Koalition von CDU/CSU und SPD den Rotstift auch bei zwei Leistungen ansetzen, von denen insbesondere jüngere Menschen profitieren.

Das BAföG (Bundesausbildungsförderungsgesetz) unterstützt junge Menschen bei der Finanzierung ihrer Ausbildung oder ihres Studiums. Das Elterngeld gleicht Einkommensausfälle nach der Geburt eines Kindes teilweise aus, wenn ein Elternteil in dieser Zeit weniger oder gar nicht arbeitet. Nach Plänen des Familienministeriums soll das Elterngeld künftig nur noch für maximal 12 statt 14 Monate gezahlt werden. Für die volle Bezugsdauer muss zukünftig jeder Elternteil mindestens für drei (statt bisher für zwei) Monate eine berufliche Auszeit nehmen.

Die Bewertung potenzieller Kürzungen beim BAföG und beim Elterngeld durch die Bevölkerung gibt Aufschluss darüber, welche staatlichen Unterstützungsleistungen für jüngere Menschen als gesellschaftlich legitim angesehen werden und welche Vorstellungen von einer gerechten Lastenverteilung in der Gesellschaft beziehungsweise zwischen gesellschaftlichen Teilgruppen bestehen.

Nur ein kleiner Anteil der Befragten befürwortet eine pauschale Kürzung von BAföG und Elterngeld

Konkrete Zahlen hierzu liefert eine Befragung im Rahmen des Panels „Arbeitsmarkt und soziale Sicherung“ ([PASS](#)) des IAB aus dem Jahr 2025. Demnach befürworten nur etwa 1 Prozent der Befragten eine generelle BAföG-Kürzung und nur knapp 4 Prozent eine generelle Kürzung des [Elterngeldes](#). Allerdings sprechen sich 60 beziehungsweise 80 Prozent für Kürzungen aus, die nur bestimmte Personengruppen treffen würden (siehe Abbildung 1):

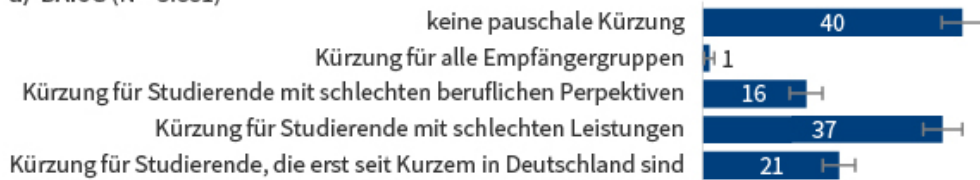
- Beim BAföG halten 37 Prozent der Befragten Kürzungen bei Studierenden mit schlechten Leistungen für gerechtfertigt. 21 Prozent befürworten Kürzungen bei Studierenden, die erst seit kurzer Zeit in Deutschland leben. 16 Prozent würden Leistungen für diejenigen kürzen, die Fächer mit schlechten beruflichen Perspektiven belegen.
- Beim Elterngeld zeigt sich ebenfalls eine klare Rangfolge: Am häufigsten werden mit 67 Prozent Kürzungen für Personen mit größerem Vermögen befürwortet, gefolgt von Kürzungen für Personen mit höheren Einkommen mit 55 Prozent. 33 Prozent sprechen sich für Einschnitte bei Personen aus, die erst seit kurzer Zeit in Deutschland leben.

Abb. 1: Einstellungen zu Kürzungen bei BAföG und Elterngeld, 2025

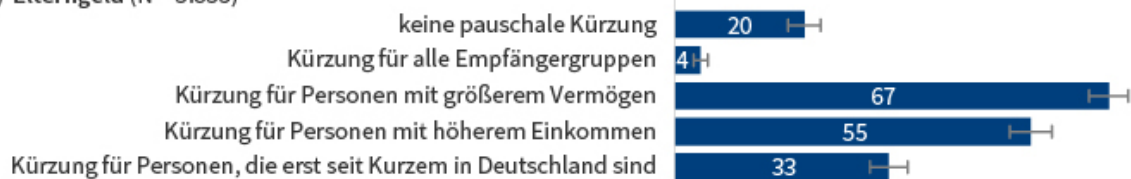
Anteil der Befragten in Prozent

— 95%-Konfidenzintervall

a) BAföG (N = 3.881)



b) Elterngeld (N = 3.835)



Anmerkung: gewichtete Anteilswerte, Mehrfachnennungen möglich

Quelle: PASS, Welle 19, Grafik: IAB.

Die Befragungsergebnisse wurden unter anderem nach Geschlecht, Alter, Berufsabschluss und Parteipräferenz ausgewertet. Während zwischen Männern und Frauen nur minimale Unterschiede bestehen, variieren die Kürzungspräferenzen relativ deutlich, wenn nach Bildungsabschluss, Parteipräferenz und insbesondere Alter unterschieden wird. Dies gilt allerdings nur bedingt, wenn es um generelle Leistungskürzungen geht. Denn alle Befragtengruppen lehnen generelle Leistungskürzungen jeweils mit einer Mehrheit von deutlich über 90 Prozent ab.

Insbesondere ältere Befragte befürworten Kürzungen häufiger

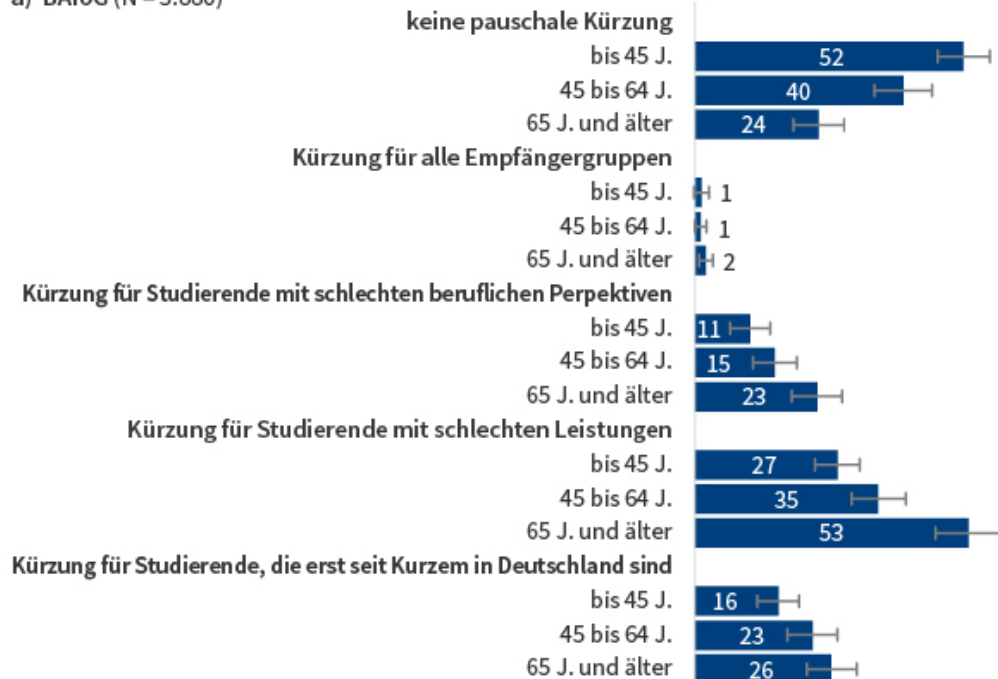
Ältere Befragte (65 Jahre und älter), so ein weiterer zentraler Befund, sprechen sich deutlich häufiger als Jüngere (unter 45 Jahre) für Kürzungen bei bestimmten Empfängergruppen von BAföG und Elterngeld aus (siehe Abbildung 2). Zwar sind sich die Befragten darüber einig, für welche Gruppen Kürzungen beim BAföG und beim Elterngeld am ehesten oder am wenigsten gerechtfertigt erscheinen. Die Zustimmungsanteile variieren jedoch zwischen den Altersgruppen erheblich.

Abb. 2: Einstellungen zu Kürzungen bei BAföG und Elterngeld nach Altersgruppen, 2025

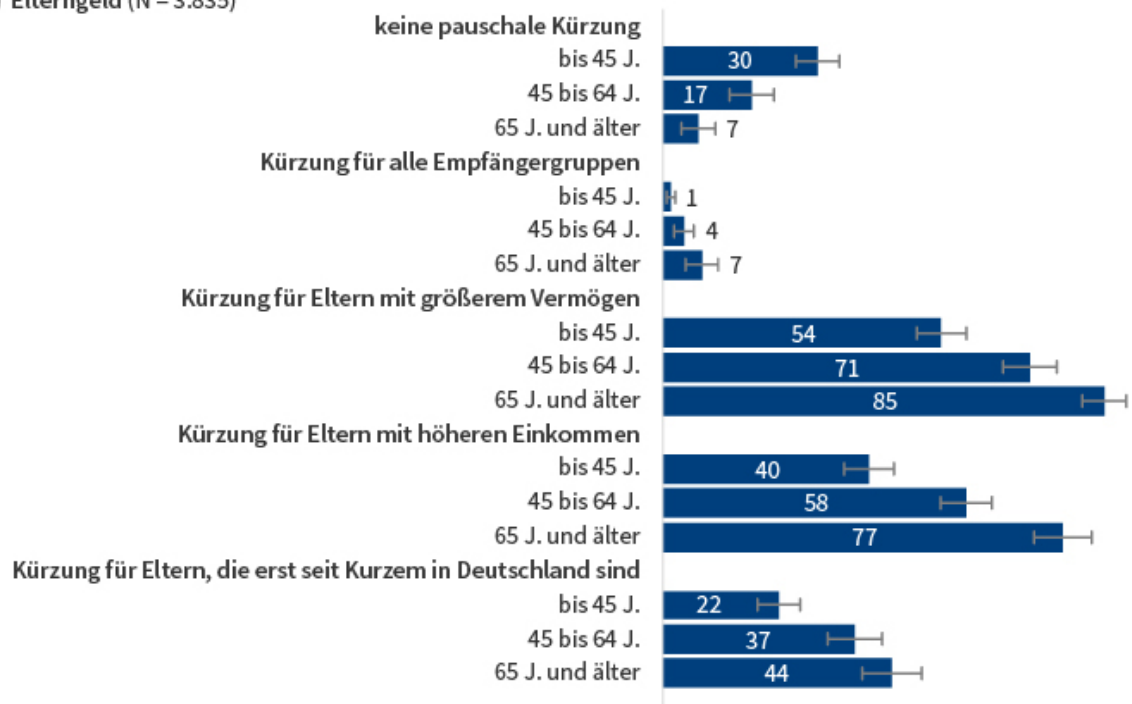
Anteil der Befragten aus der jeweiligen Altersgruppe in Prozent

— 95%-Konfidenzintervall

a) BAföG (N = 3.880)



b) Elterngeld (N = 3.835)



Anmerkung: gewichtete Anteilswerte, Mehrfachnennungen möglich

Quelle: PASS, Welle 19, Grafik: IAB

So werden BAföG-Kürzungen für Studierende mit schlechten Leistungen von 53 Prozent der älteren Befragten befürwortet, jedoch nur von 27 Prozent der jüngeren. Während 26 Prozent der älteren Befragten BAföG-Kürzungen für Personen gutheißen, die erst seit kurzem in Deutschland sind, tun dies nur 16 Prozent der jüngeren Befragten. Die geringsten Zustimmungswerte für Kürzungen finden sich jeweils für Studierende in Fächern mit schlechten beruflichen Perspektiven. Sie liegen unter älteren Befragten bei 23 Prozent und unter jüngeren bei 11 Prozent. Eine mögliche Erklärung könnte sein, dass Ältere – neben der Tatsache, dass sie selbst nicht betroffen wären – auch seltener über eigene Erfahrungen im Hochschulsystem verfügen.

Große Altersunterschiede gibt es auch hinsichtlich der Zustimmung zur Kürzung des Elterngeldes für bestimmte Gruppen. Beispielsweise unterstützen 85 Prozent der älteren Befragten Kürzungen für Personen mit größerem Vermögen und 77 Prozent für Personen mit höheren Einkommen. Hingegen liegen die entsprechenden Zustimmungswerte unter jüngeren Befragten nur bei 54 beziehungsweise 40 Prozent. Eine Kürzung für Personen, die erst seit kurzem in Deutschland sind, befürworten 44 Prozent der älteren Befragten und 22 Prozent der jüngeren.

Hochschulabsolvent*innen stimmen Kürzungen beim BAföG seltener zu

Auch Bildungsunterschiede (siehe Abbildung 3) spielen für die Kürzungsbereitschaft eine Rolle, jedoch eine deutlich geringere als Altersunterschiede. Wenn es um das BAföG geht, stimmen knapp 3 Prozent der Personen ohne berufliche Ausbildung Kürzungen zu, jedoch weniger als 1 Prozent der Personen mit Hochschulabschluss. Deutlicher treten Bildungsunterschiede zutage, wenn es um Kürzungen bei bestimmten Empfängergruppen geht. Auch hier nimmt die Zustimmung mit steigendem Bildungsniveau ab.

Abb. 3: Einstellungen zu Kürzungen bei BAföG und Elterngeld nach Bildungsabschlüssen, 2025

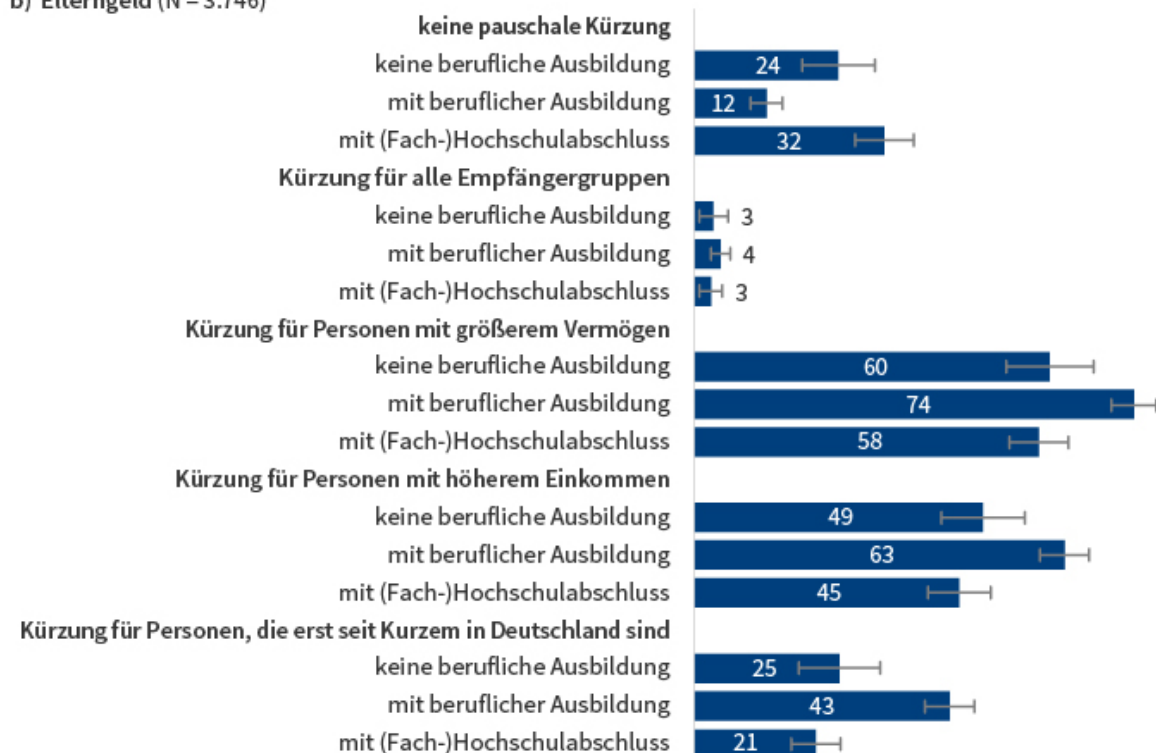
Anteil der Befragten mit dem jeweiligen Bildungsabschluss in Prozent

— 95%-Konfidenzintervall

a) BAföG (N = 3.775)



b) Elterngeld (N = 3.746)



Anmerkung: gewichtete Anteilswerte, Mehrfachnennungen möglich

Während 21 Prozent der Personen ohne beruflichen Abschluss BAföG-Kürzungen für Studierende mit schlechten beruflichen Perspektiven befürworten, sind es bei Personen mit Hochschulabschluss nur 10 Prozent. Ähnlich groß sind die Unterschiede, wenn es um Personen geht, die erst seit kurzem in Deutschland sind: Nur 11 Prozent der Hochschulabsolvent*innen heißen Kürzungen für diese Gruppe gut, bei Befragten mit niedrigerem Ausbildungsniveau sind es rund ein Viertel. Relativ ähnlich sind die Werte der unterschiedlichen Bildungsgruppen hingegen, wenn es um Studierende mit schlechten Leistungen geht: Hier sind die Zustimmungswerte vergleichsweise hoch und variieren zwischen 34 und 39 Prozent.

Beim Elterngeld zeigt sich ein etwas anderes Muster: Die Zustimmungswerte zu selektiven Kürzungen sind unter den Befragten mit mittlerem Bildungsabschluss mit Abstand am höchsten. Grundsätzlich begrüßen alle Bildungsgruppen Kürzungen am ehesten bei Personen mit größerem Vermögen (zwischen 58 % und 74 %) sowie bei Personen mit höheren Einkommen (zwischen 45 % und 63 %). Dass die Zustimmungswerte der Hochschulabsolvent*innen für diese Gruppen am geringsten ausfallen, kann nicht sonderlich verwundern, da diese Gruppe selbst im Schnitt höhere Einkommen bezieht.

Anhänger*innen von Bündnis 90/Die Grünen und Linkspartei sind mehrheitlich gegen Kürzungen beim BAföG

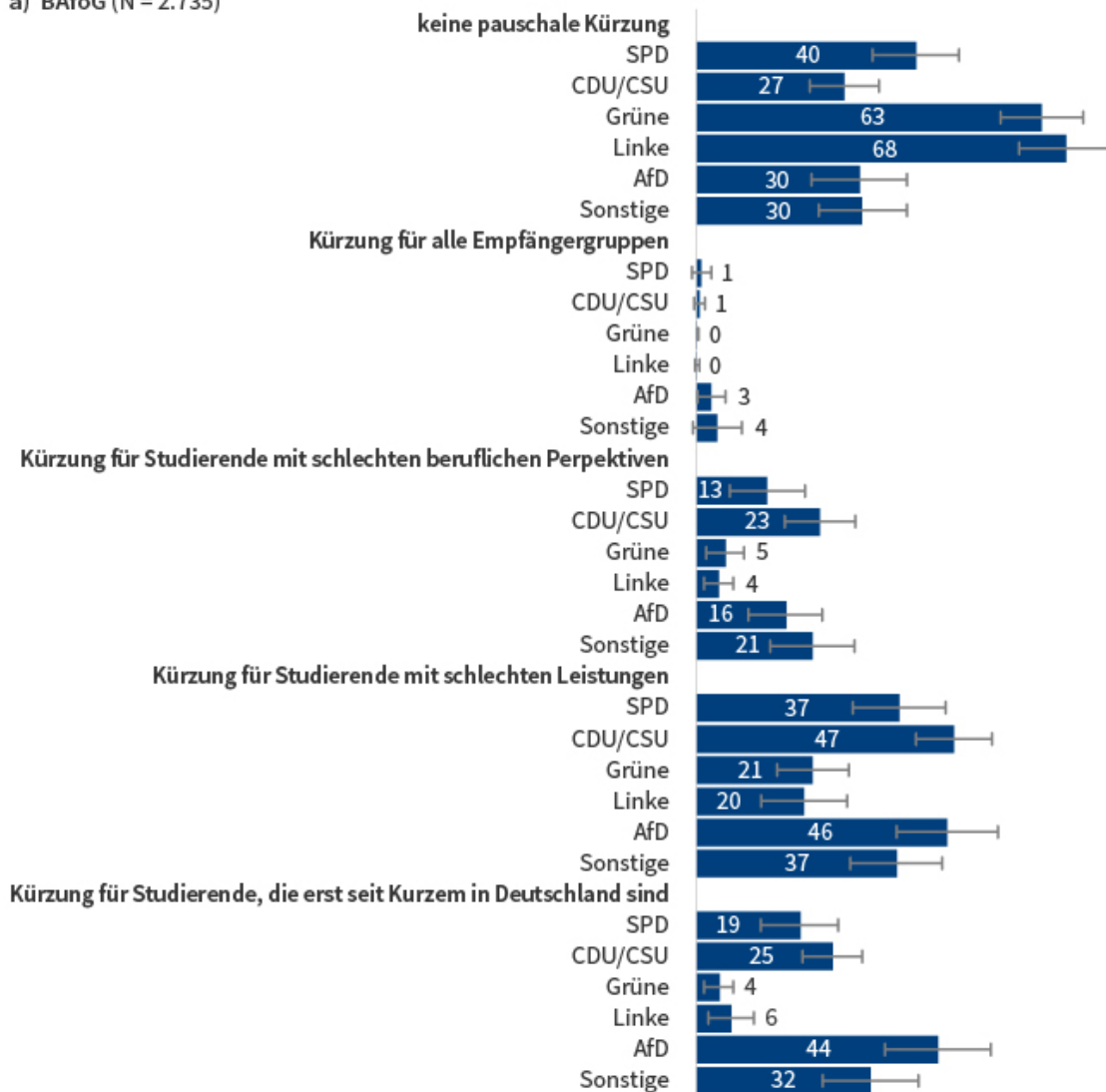
Die Zustimmung zu Kürzungen bei BAföG und Elterngeld variiert zudem mit der Parteipräferenz, die mittels der „Sonntagsfrage“ ermittelt wurde („Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?“). Pauschale Kürzungen finden bei den Anhänger*innen aller Parteien nur sehr wenig Zustimmung, wenngleich die Werte beim Elterngeld durchweg etwas höher ausfallen als beim BAföG (siehe Abbildung 4).

Abb. 4: Einstellungen zu Kürzungen bei BAföG und Elterngeld nach Parteipräferenzen, 2025

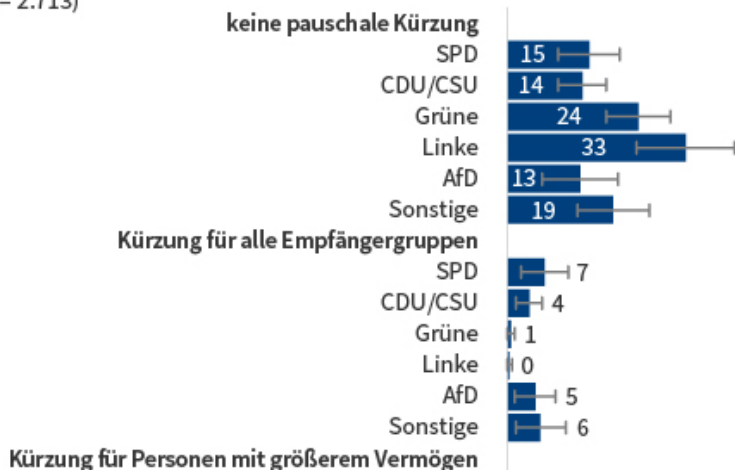
Anteil der Befragten mit der jeweiligen Parteipräferenz in Prozent

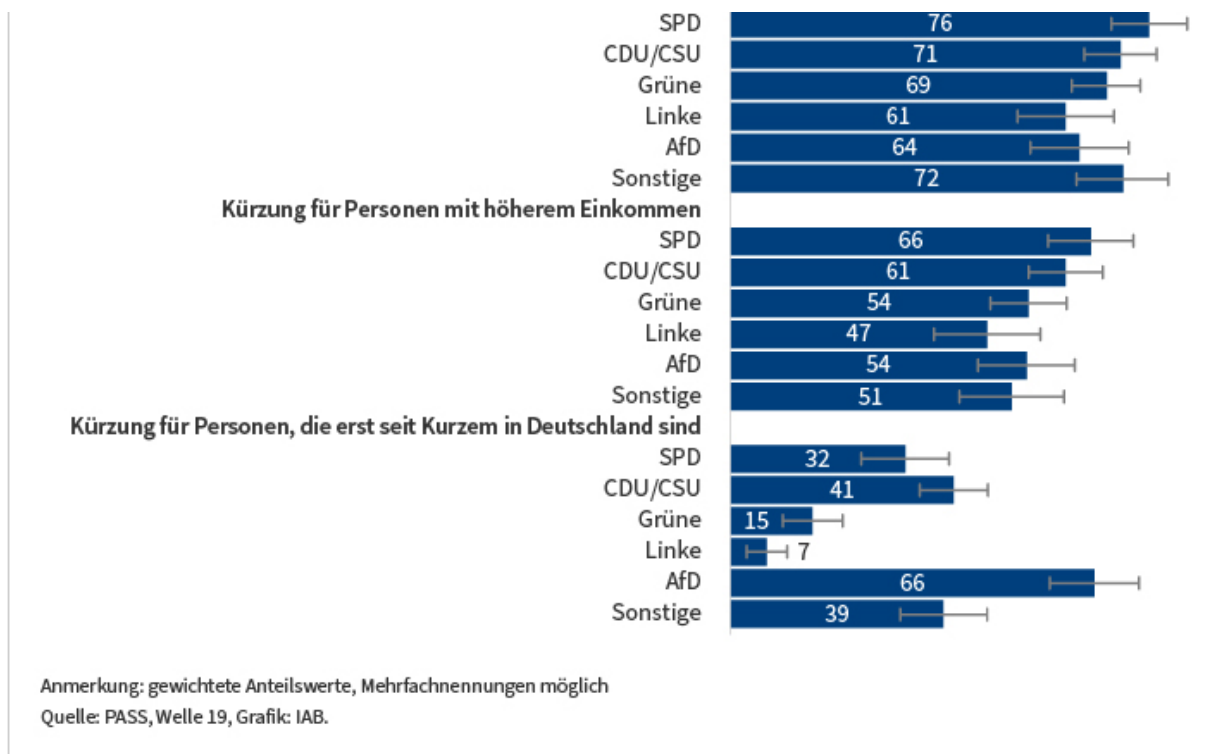
— 95%-Konfidenzintervall

a) BAföG (N = 2.735)



b) Elterngeld (N = 2.713)





Markante Unterschiede gibt es jedoch beim Anteil derjenigen, die Kürzungen des BAföGs generell ablehnen: Während dies auf 27 Prozent der Anhänger von CDU/CSU und knapp 30 Prozent der AfD-Anhänger zutrifft, sind es bei den SPD-Anhängern 40 Prozent. Bei den Anhängern von Bündnis 90/Die Grünen sind es 63 Prozent und bei denen der Partei Die Linke sogar 68 Prozent.

Beim Elterngeld sind pauschale Kürzungen insgesamt etwas häufiger akzeptiert. Am seltensten sprechen sich Anhänger*innen von Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke für pauschale Kürzungen aus. Die höchste Zustimmung zu generellen Kürzungen findet sich bei Personen mit SPD-Präferenz (7 % Zustimmung für Kürzungen bei allen Empfängergruppen).

Auch wenn es um Kürzungen für bestimmte Empfängergruppen geht, variieren die Zustimmungswerte je nach Parteipräferenz erheblich. So reicht die Zustimmung für BAföG-Kürzungen bei Studierenden mit schlechten beruflichen Perspektiven von 4 Prozent bei Wähler*innen der Linken bis zu 23 Prozent bei Wähler*innen von CDU/CSU.

Die größten Differenzen nach Parteipräferenzen zeigen sich in Bezug auf Personen, die erst seit kurzem in Deutschland sind. Während die Zustimmung dazu bei Anhänger*innen von Bündnis 90/Die Grünen mit 4 Prozent und Die Linke mit 6 Prozent gering ist, liegt sie bei Befragten, die mit der SPD und der CDU/CSU sympathisieren, fast fünfmal höher (19 % beziehungsweise 25 %) und bei Anhänger*innen der AfD fast zehnmal so hoch (44 %).

Deutlich weniger variieren die Zustimmungswerte für Kürzungen bei Studierenden mit schlechten Leistungen. Hier ist die Zustimmung unabhängig von der Parteipräferenz am höchsten: Sie reicht von rund 20 Prozent bei den Wähler*innen von Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke bis etwa 47 Prozent bei Unions- und AfD-Anhängern.

Auch hinsichtlich der Zustimmung zu Kürzungen beim Elterngeld zeigen sich die größten Differenzen nach Parteipräferenz für Personen, die erst seit Kurzem in Deutschland sind. Sie reichen von 7 Prozent bei Anhänger*innen von Die Linke bis zu 66 Prozent bei AfD-Anhänger*innen. Erheblich weniger Varianz gibt es in Bezug auf Personen mit größerem Vermögen (61 % bis 76 %) sowie bei Personen mit höheren Einkommen (47 % bis 66 %). Die jeweils höchste Zustimmung für Kürzungen bei Personen dieser beiden Gruppen findet sich unter Befragten mit SPD- und CDU/CSU-Präferenz (SPD: 76 % und 66 %, CDU/CSU: 71 % und 61 %).

Fazit

Pauschale Kürzungen bei BAföG oder Elterngeld stoßen in Deutschland nur auf geringe Zustimmung. Das spricht dafür, dass staatliche Unterstützungsleistungen für jüngere Menschen in der Bevölkerung grundsätzlich als legitim angesehen werden. Die Gewährung solcher Leistungen sollte allerdings aus Sicht vieler Befragter stärker an Bedingungen geknüpft sein.

Besonders hohe Zustimmung finden Kürzungen bei Gruppen, denen eine geringe Leistungsbereitschaft oder Bedürftigkeit zugeschrieben wird. Beim BAföG werden Kürzungen insbesondere dann befürwortet, wenn Studierende schlechte Leistungen erbringen, beim Elterngeld vor allem dann, wenn Eltern über ein hohes Einkommen oder Vermögen verfügen. Vorstellungen einer gerechten Lastenverteilung scheinen daher weniger auf pauschale Einsparungen gerichtet zu sein als auf eine zielgerichtete Begrenzung staatlicher Leistungen für bestimmte Empfängergruppen.

Dieses Ergebnis deckt sich mit Befunden des IAB aus dem vergangenen Jahr. Ihnen zufolge wird der Sozialstaat zwar weiterhin als funktionierend wahrgenommen, zugleich sehen knapp zwei Drittel der Befragten ihn jedoch als Belastung für Gesellschaft und Unternehmen an (lesen Sie dazu einen 2025 im IAB-Forum erschienenen [Beitrag](#) von Moritz Kuhn und anderen). Insbesondere vor diesem Hintergrund legen die hier präsentierten Ergebnisse nahe, dass Einsparungen vor allem dann auf Zustimmung stoßen, wenn sie zielgerichtet sind und auf bestimmte Empfängergruppen begrenzt werden.

Während sich die Bevölkerungsgruppen weitgehend einig sind, für welche Empfängergruppen eine Kürzung der jeweiligen Leistung gerechtfertigt erscheint, unterscheiden sie sich – vornehmlich nach Alter und Parteipräferenz – deutlich darin, wie stark sie solche Kürzungen befürworten. Die höchste Zustimmung zu Kürzungen gibt es durchweg in der Altersgruppe der über 65-Jährigen, die von beiden Leistungen selbst nur äußerst selten profitieren dürften.

Für die aktuelle Debatte um Einsparungen beim BAföG und Elterngeld bedeutet dies, dass zielgerichtete Kürzungen für bestimmte Empfängergruppen auf deutlich größere Akzeptanz stoßen dürften als pauschale Leistungskürzungen. Die politische Auseinandersetzung dürfte sich angesichts der hier präsentierten Befunde weniger an der Frage entzünden, ob Kürzungen möglich sind, sondern vielmehr daran, für wen sie gelten sollen.

Literatur

Kuhn, Moritz; Stegmaier, Jens; Weik, Jonas Aljoscha (2025): Breite Zustimmung zum Sozialstaat – Leistung soll sich aber lohnen. In: IAB-Forum, 23.10.2025. DOI: [10.48720/IAB.FOO.20251023.01](https://doi.org/10.48720/IAB.FOO.20251023.01)

Trappmann, Mark; Bähr, Sebastian; Beste, Jonas; Eberl, Andreas; Frodermann, Corinna; Gundert, Stefanie; Schwarz, Stefan; Teichler, Nils; Unger, Stefanie; Wenzig, Claudia (2019): Data Resource Profile: [Panel Study Labour Market and Social Security \(PASS\)](#). In: International Journal of Epidemiology, Jg. 48, H. 5, S. 1411-1411g. DOI:[10.1093/ije/dyz041](https://doi.org/10.1093/ije/dyz041).

Knobloch, Marcel; Hunger, Sophia; Hipp, Lena (2026): [Boomer gegen Zoomer. Altersbezogene Stereotype am Arbeitsplatz](#). In: WZB-Mitteilungen, Nr. 2.

In aller Kürze

- Pauschale Kürzungen beim BAföG und beim Elterngeld stoßen in der Bevölkerung auf nur geringe Zustimmung.
- Deutlich häufiger als generelle Leistungskürzungen werden Kürzungen für bestimmte Empfängergruppen befürwortet.
- Beim BAföG werden Kürzungen vor allem für Studierende mit schlechten Leistungen befürwortet; beim Elterngeld insbesondere für Personen mit hohem Einkommen oder Vermögen.
- Die Zustimmung zu Kürzungen unterscheidet sich vor allem nach dem Alter der Befragten: Ältere befürworten Kürzungen beim Elterngeld oder BAföG deutlich häufiger als Jüngere.
- Bildungsunterschiede spielen ebenfalls eine Rolle. Die Differenzen fallen jedoch insgesamt deutlich geringer aus als diejenigen zwischen unterschiedlichen Altersgruppen.
- Wähler*innen von Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke lehnen Kürzungen am häufigsten prinzipiell ab. Einig sind sich die Anhänger*innen aller Parteien dagegen bei der relativ hohen Zustimmung zu Kürzungen bei Vermögenden.

Daten und Methoden

Die Analysen basieren auf einem Befragungsexperiment, in dem die Einstellungen zu Kürzungen bei insgesamt sechs sozialpolitischen Leistungen, darunter BAföG und Elterngeld, untersucht wurden. Die Daten wurden im Rahmen der 19. Welle des Panels „Arbeitsmarkt und soziale Sicherung“ (PASS) von Februar bis September 2025 mit insgesamt 11.485 Befragten ab 15 Jahren erhoben. Für die vorgestellten Analysen wurden Gewichtungsfaktoren verwendet. Ein [Überblick](#) über PASS findet sich bei Trappmann et al. (2019).

Die Befragten sollten jeweils für zwei zufällig ausgewählte Leistungen angeben, ob sie einer Kürzung der Leistung zustimmen oder nicht. Für mögliche Kürzungen beim BAföG-Bezug wurden den Befragten zunächst die folgenden drei Gruppen vorgeschlagen: Studierende mit schlechten beruflichen Perspektiven, Studierende mit schlechten Leistungen und Personen, die erst seit kurzem in Deutschland sind. Für mögliche Kürzungen beim Elterngeld standen folgende drei Gruppen zur Auswahl: Personen mit größerem Vermögen, Personen mit höheren Einkommen und Personen, die erst seit kurzem in Deutschland sind.

Als Antwortmöglichkeiten standen jeweils „ja“, „nein“, „weiß nicht“ und „keine Angabe“ zur Auswahl. Nur dann, wenn Befragte bei keiner der drei Gruppen mit „ja“ geantwortet hatten, wurde danach gefragt, ob die Leistung für niemanden gekürzt werden sollte. Ebenso wurde nur dann danach gefragt, ob die Leistungen für alle gekürzt werden sollten, wenn Befragte bei keiner der drei Subgruppen mit „nein“ geantwortet hatten.

Bild: pit24/adobe.stock.com

[DOI:10.48720/IAB.FOO.20260917.01](https://doi.org/10.48720/IAB.FOO.20260917.01)

Zitationshinweis

Lena Hipp; Sandra Leumann; Stefan Munnes; Mark Trappmann; Jonas Aljoscha Weik (2026): BAföG und Elterngeld: kürzen ja – aber nicht für alle , In: Online Magazin IAB-Forum 17. September 2026, <https://iab-forum.de/bafoeg-und-elterngeld-kuerzen-ja-aber-nicht-fuer-alle/>, Abrufdatum: 17. September 2026

Lizenzhinweis

Diese Publikation ist unter folgender Creative-Commons-Lizenz veröffentlicht: Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International (CC BY-SA 4.0):

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>